

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2123) betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung – „Hackeln muss sich wieder lohnen“ (Zahl 22 - 1573) (Beilage 2201).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung – „Hackeln muss sich wieder lohnen“, in ihrer 41. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08.11.2023, beraten.

Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Verena Dunst stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Verena Dunst gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung – „Hackeln muss sich wieder lohnen“, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Verena Dunst beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 08. November 2023

Der Berichterstatter:
Johannes Mezgolits eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Herrn
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 8. November 2023

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1573, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung – „Hackeln“ muss sich wieder lohnen!

Der burgenländische Landtag begrüÙt die grundsätzliche Intention des unter Zahl 22-1573 eingebrachten Antrages mit dem Titel „MaÙnahmen gegen die Teuerung – Hackeln muss sich wieder lohnen!“. Viele der angesprochenen Maßnahmen waren bereits Gegenstand der Beratungen und Beschlussfassungen des Landtages, beispielsweise unter den Zahlen 22 – 1118, 1150, 1479 oder 1511.

Die derzeitige hohe Inflation in Österreich liegt gegenüber dem EU-Schnitt auf überproportional hohem Niveau. Die Auswirkungen sind dramatisch. Die bundesweite Kinderarmut wächst, die Anzahl der Delogierungsgefährdeten steigt von Tag zu Tag und Kreditnehmer mit variablen Kreditzinsen können sich die Rückzahlungen nicht leisten. Grundnahrungsmittel sind für viele Menschen zum Luxus geworden. Arbeitnehmer haben trotz teils jahrzehntelanger harter Arbeit kein Auskommen mit ihrem Einkommen und sind zu den Hauptleidtragenden der Teuerungswelle und der Untätigkeit der österreichischen Bundesregierung geworden.

Die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Teuerung haben keine wirksame Erleichterung bewirkt. Im Gegenteil: Eine halbherzige Mietpreisdeckelung, die Vermietern 15 Prozent Mehreinnahmen in den kommenden drei Jahren garantiert, und das Aussetzen von Verzugszinsen bei Bankenkrediten reichen nicht ansatzweise aus. Kleine Aussetzungen von Preisanpassungen - wie beispielsweise bei der Autobahnmautvignette - bringen den Haushalten keine nachhaltigen Erleichterungen. Sie sind vielmehr ein Hohn für Menschen, die allein seit letztem Sommer tausende Euro Mehrkosten pro Jahr zu bewältigen haben.

Das Land Burgenland unterstützt die Menschen auf vielfältige Weise. Vor allem mit dem Modell des burgenländischen Mindestlohns von knapp über 2.000 Euro netto sorgt man im Wirkungsbereich des Landes für soziale Gerechtigkeit und stärkt die Wirtschaft im Burgenland. Über 2.500 Menschen profitieren davon, wie beispielsweise das Personal in den burgenländischen Spitälern und Pflegeeinrichtungen, die Landes- und Gemeindebediensteten, die Mitarbeiter:innen der Landesbeteiligungen und Thermen, die pflegenden Angehörigen oder die Pflegeeltern. Auch die Wirtschaft folgt diesem Modell zunehmend, um auf dem Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitskräfte rekrutieren zu können.

Weitere Maßnahmen wie unter anderem der Burgenländische Wärmepreisdeckel, die rückwirkende Mietpreisbremse bei Genossenschaftswohnungen oder die Erhöhung des Heizkostenzuschusses sorgen für die Entlastung der burgenländischen Bevölkerung. Seit dem Start des Burgenländischen Wärmepreisdeckels wurden beispielsweise mehr als 16.000 Anträge eingebracht und insgesamt über 9,8 Millionen Euro ausbezahlt. Durch die Vielzahl an Maßnahmen des Landes bleibt den Burgenländer:innen mehr finanzieller Spielraum zur Bewältigung der von der Bundesregierung hausgemachten Teuerung.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge durch die Umsetzung folgender Maßnahmen dafür sorgen, dass „Hackeln“ sich wieder lohnt und die Teuerung wirksam bekämpft wird:

- Umsetzung eines bundesweiten Mindestlohns von rund 2.000 Euro netto
- deutliche Senkung der Lohnnebenkosten - ohne arbeitnehmerseitige Leistungseinbußen bei Pensionsversicherung, Kinderbetreuungsgeld, Kranken- und Urlaubsgeld sowie Arbeitslosenversicherung
- Entlastung der pendelnden Arbeitnehmer:innen durch eine erhöhte Pendlerpauschale und Vervierfachung des „Pendlereuros“ sowie Abschaffung der CO2-Steuer
- Aussetzen der Mehrwertsteuer und Preisdeckel auf Grundnahrungsmittel
- Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom- und Heizkosten
- nachhaltige Pensionsanhebungen statt Einmalzahlungen
- keine neuen Pläne zur Erhöhung des Pensionsalters
- Wiedereinführung der Hacklerregelung
- Übergewinnbesteuerung für die Mineralölindustrie
- faire Vermögenssteuern auf dem durchschnittlichen Niveau der EU-Mitgliedsländer zur Entlastung des Faktors Arbeit